Planung des Projektes Bahnhofsumfeld

Prüfung einzelner Aspekte der Projektplanung, Anfrage der CDU-Fraktion vom 05.06.2008

Beantwortung durch die Verwaltung

1. Welche Ergebnisse erbrachten die Kontakte und Gespräche mit möglichen privaten Investoren oder Betreibern eines Parkhausneubaus am Standort Bahnhof Kamen?

Diese Frage wurde in der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 05.06.2008 durch Herrn Baudrexl wie folgt beantwortet:

„Zur Frage der Beteiligung privater Investoren sei zum einen die Auswirkung auf die Förderkulisse zu erwähnen, so erklärte Herr **Baudrexl**. Verschiedene Möglichkeiten der P.P.P. habe er in Gesprächen mit Investoren angesprochen. Eine Möglichkeit bestehe darin, einen Betreiber für ein kommunales Parkhaus einzusetzen. Dieser würde in die Ausstattung mit Schranken, Kassenautomaten, Mitarbeitern, Datenleitungen,... investieren. Dafür sei jedoch eine Parkgebühr zu entrichten. Diese Möglichkeit würde jedoch nicht unbedingt den Parkdruck im Umfeld mindern. Bei einem solchen Bewirtschaftungsmodell bliebe das Parkhaus im Eigentum der Kommune und diese müsse auch noch einen überwiegenden Teil der baulichen Unterhaltung tragen. Darüber hinaus stelle sich damit die grundsätzliche Frage nach einer Parkgebühr. Dies sei auch der Fall, wenn ein Investor ein Parkhaus baut und selbst betreibt. Eine punktuelle Bewirtschaftung von Parkraum sei dann nicht zielführend für einen Investor und bedeute für diesen Wettbewerbsnachteile. Das habe wiederum zur Folge, dass eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung auch für die Innenstadt und damit eine grundlegende Entscheidung diesbezüglich zu treffen sei.“¹

2. Ist eine Integration von kleineren Läden (Bäckerei, Reisebedarf, Ticketshop, Imbiss o.ä.) in den Parkhausbau möglich?

In der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 04.11.2008 wurde durch Herrn Baudrexl und Herrn Liedtke darauf hingewiesen, dass derzeit Überlegungen bestehen, das bisher im Parkhaus vorhandene Angebot des Kiosk in dem Bahnhofsgebäude unterzubringen. Darüber hinaus wird die Bäckerei im Bahnhofsgebäude weiter bestehen bleiben. Dies gilt nach derzeitigem Stand auch für den Ticketschalter. Insofern wird keine Notwendigkeit und kein Bedarf gesehen, ein entsprechendes und zudem noch konkurrierendes Angebot in dem Parkhaus zu schaffen. Es entstehen ebenfalls erhöhte Kosten für die Schaffung zusätzlicher Räume, die über gewisse Mindestausstattungen verfügen müssten. Dies ginge ggf. zu Lasten der Stellplatzanzahl. Des Weiteren sind die dadurch entstehenden Kosten nicht zuwendungsfähig und somit gänzlich aus Eigenmitteln zu finanzieren. Eine reine P+R-Nutzung – auch angesichts des bestehenden Parkdrucks im Umfeld – ist eine sinnvolle und praktikable Lösung.

3. Ist mit der Nutzung der Bahnhofshalle im Bahnhofsgebäude in der bestehenden Form auch weiterhin zu rechnen?

Grundsätzlich ist diese Frage zu bejahen. Nach letzten Gesprächen mit der DB-Station & Service, Bahnhofsmanagement, ist eine Angebotsenerweiterung (Kiosk) angedacht.

4. Kann bei eventuellen Nutzungsänderungen der Bahnhofshalle die Zugangssituation zu den Bahngleisen wieder verbessert werden?

Grundsätzlich wird die Zugangssituation von der DB AG als Eigentümerin geregelt. Der Zugang zum Bahnsteig erfolgt heute entweder durch die Bahnhofshalle bzw. in dem Bereich zwischen Bahnhofsgebäude und der zukünftigen P+R-Stellplatzanlage neben dem Bahnhofsgebäude. Auf der Stellplatzanlage sind in unmittelbarer Nähe zum Zugangsbereich zwei Behindertenstellplätze vorgesehen. Damit wird auch für Behinderte ein naher und ebenerdiger Zugang zum Bahnsteig ermöglicht. Zukünftig liegen Busbahnhof und Parkhaus direkt gegenüber der derzeitigen Zugangsmöglichkeiten. Damit gebe es keinen dringenden Handlungsbedarf für eine Einmischung in den Zuständigkeitsbereich der DB.

5. Ist die Errichtung von Abstellgaragen für Fahrräder und ggf. auch Gepäck möglich?

Wie in der Sitzung am 04.11.2008 durch Herrn Liedtke berichtet wurde, verfügt die Fahrradabstellanlage der AWO noch über Kapazitäten. Die Verwaltung wird noch Gespräche mit der AWO führen, um das Angebot zu optimieren. Grundsätzlich sei nicht beabsichtigt, ein Konkurrenzangebot zur Abstellanlage zu schaffen.

Zur Thematik Gepäckfächer ist anzumerken, dass Kamen ein relativ kleiner Bahnhof ist und hier zunächst der grundsätzliche Bedarf eines solchen Angebotes zu prüfen sei. Gepäckfächer sind grundsätzlich von einer Förderung ausgeschlossen. Eine Finanzierung müsse durch Benutzerentgelte erfolgen. Eine Deckung der Kosten für Anschaffung und Unterhaltung erscheine jedoch nicht möglich. Darüber hinaus gibt es Erfahrungen aus anderen Städten in der Richtung, dass Gepäckfächer oftmals einer anderen Nutzung zugeführt werden.

Es erscheine der Verwaltung eher denkbar, ein entsprechendes kurzweiliges Gepäckaufbewahrungsangebot in Verbindung mit dem Angebot der Fahrradstation einzurichten. Aber dazu seien noch entsprechende Abstimmungsgespräche mit der AWO erforderlich.

6. Wie erfolgt die Beteiligung von Behörden und gewerblichen Anliegern (Raiffeisen, Bäcker, Ticketshop, AWO, ZRL, VKU, Polizei, etc.) in diesem Planungsprozess?

Es erfolgte grundsätzlich eine umfassende Beteiligung im Rahmen des Planungsprozesses. Abstimmungsgespräche wurden insbesondere geführt mit Landesregierung, Bezirksregierung, NWL, ZRL, Metropole Ruhr, Kreis Unna, DB-AG, VKU, Polizei, AWO, WBG Lünen, privaten Anliegern. Darüber hinaus konnten und können sich alle Interessierten über den jeweiligen Planungsstand durch die Presse, Sitzungen des Planungs- und Umweltausschusses, persönliche Anfragen sowie diverse Veranstaltungen informieren.

7. Mit welcher Veränderung des Schwerlastverkehrs ist durch das Projekt „Netzschluss Innerer Ring“ und „Südkamener Spange“ zu rechnen?

Insgesamt ist eine Entzerrung der Verkehrsflüsse zu erwarten. Die Verwaltung geht davon aus, dass mit Fertigstellung der „Südkamener Spange“ Schwerlastverkehre, die das Gewerbegebiet Hemsack zum Ziel haben und die heute über die B 233 Bahnhofstraße/Westicker Straße fahren, aus Richtung Süden kommend, zukünftig vermehrt die kürzere Wegeverbindung über die K 40n nehmen werden.

gez. Liedtke

† Niederschrift von der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 05.06.2008